

Fragen

für die Fragestunde der 199. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. November 2024

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 43	Kießling, Michael (CDU/CSU)	3
Beckamp, Roger (AfD)	30, 34	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	38, 46
Brandner, Stephan (AfD)	7, 8	Lay, Caren (Gruppe Die Linke)	10, 11
Breilmann, Michael (CDU/CSU)	12	Luczak, Jan-Marco, Dr. (CDU/CSU)	4, 5
Bünger, Clara (Gruppe Die Linke)	18, 27	Lütke, Kristine (FDP)	15, 22
Dağdelen, Sevim (Gruppe BSW)	35, 41	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	1, 48
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	14, 42	Pilsinger, Stephan, Dr. (CDU/CSU)	33, 44
Gebhart, Thomas, Dr. (CDU/CSU)	13, 45	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	36, 37
Görke, Christian (Gruppe Die Linke)	20, 21	Renner, Martina (Gruppe Die Linke)	25, 26
Hauer, Matthias (CDU/CSU)	19, 29	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	6, 9
Heil, Mechthild (CDU/CSU)	16	Schattner, Bernd (AfD)	2, 49
Hunko, Andrej (Gruppe BSW)	31, 32	Schmidt, Eugen (AfD)	23, 28
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	17, 47	Seitz, Thomas (fraktionslos)	39, 40

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	15

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**

1. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)

Werden konkrete Maßnahmen durch das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen veranlasst, um gegen die Medienberichten zufolge in betrügerischer Absicht erstellten gebührenpflichtigen Internetseiten vorzugehen, auf die tausende Wohngeldantragsteller hereingefallen sind, und wenn ja, welche (vgl. www.aktiencheck.de/news/Artikel-Bericht_7_000_Wohngeld_Antraege_auf_falschen_Websites-17710092, zuletzt abgerufen am 25. Oktober 2024)?
2. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)

In welcher wirtschaftlichen Lage befindet sich aktuell die deutsche Baubranche?
3. Abgeordneter
Michael Kießling
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung nach Inkrafttreten des kommunalen Wärmeplanungsgesetzes vor fast einem Jahr abschätzen, ob die zur Verfügung stehenden Mittel des Bundes pro Jahr beziehungsweise bis 2028 ausreichen werden?
4. Abgeordneter
**Dr. Jan-Marco
Luczak**
(CDU/CSU)

Setzt sich das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen im Hinblick auf die von der Bauwirtschaft vehement vorgetragene Kritik an der geplanten Umsetzung des sogenannten Gebäudetyps E gegenüber dem federführenden Bundesministerium der Justiz dafür ein, dass dieser Kritik Rechnung getragen wird und es nicht dazu kommt, dass im Bürgerlichen Gesetzbuch die bislang freiwilligen allgemein anerkannten Regeln der Technik faktisch Normcharakter bekommen?
5. Abgeordneter
**Dr. Jan-Marco
Luczak**
(CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung daran fest, dass es sich bei § 246e der BauGB-Novelle um eine Bau-Turbo-Norm handele (www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/Webs/BMWSB/DE/2023/11/mpk-bau-turbo.html), vor dem Hintergrund der Äußerung der baupolitischen Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Christina-Johanne Schröder, dass es sich hierbei um einen „Spekulationsturbo“ handele, der nicht zu mehr bezahlbarem Wohnraum führe, sondern kontraproduktiv sei, weil davon nur einzelne Entwickler profitieren würden?

6. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Für wann ist die Kabinettsbefassung der „Baukulturellen Leitlinien des Bundes“ vorgesehen, welche im schriftlichen Bericht des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen zur Vorhabenplanung im Bereich Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen für die restliche 20. Wahlperiode (Ausschussdrucksache 20(24)306) angekündigt wird, und welche Rolle und Funktion übernimmt die Bundesstiftung Baukultur bei der Erstellung der Leitlinien?
7. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Was sind die fünf wichtigsten Vorhaben, die das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen bis zum Ende dieser Wahlperiode noch umsetzen wird?
8. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Auf welchem Stand befindet sich aktuell nach Kenntnis der Bundesregierung die Wohneigenumsquote in Deutschland, und beabsichtigt sie, Maßnahmen zu ergreifen, um diese bis zum Ende der Legislaturperiode zu erhöhen?
9. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Von wem wurden Maßnahmen für die Erarbeitung einer sehr zeitnahen und sachgerechten Lösung zur Zwischenunterbringung der Bundesstiftung Bauakademie aufgrund des Auslaufens des Mietvertrags zum Ende Januar 2025 ergriffen (bitte Einzelmaßnahmen auflisten), und welche Alternativen hat die Bundesstiftung, sollte bis Ende November 2024 keine Lösung gefunden worden sein?
10. Abgeordnete
Caren Lay
(Gruppe Die Linke)
- Strebt die Bundesregierung an, den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der integrierten Stadtentwicklung (Baugesetzbuchnovelle) bis Ende des Jahres im Deutschen Bundestag zur Abstimmung zu bringen, und beabsichtigt die Bundesregierung, die Wiederherstellung des kommunalen Vorkaufrechts in Milieuschutzgebieten in die Reform aufzunehmen, wie etwa Bayerische Mietervereine, Sozialverbände, Gewerkschaftsbund und Stadtratsfraktion Die Grüne/Rosa Liste, SPD/Volt-Stadtratsfraktion und Stadtratsfraktion Die Linke/Die PARTEI im Münchner Stadtrat jüngst in ihrer Stellungnahme (Ausschussdrucksache 20(24)304-D) fordern?
11. Abgeordnete
Caren Lay
(Gruppe Die Linke)
- Wie hat sich die Gesamtzahl der Sozialwohnungen in der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn der Legislaturperiode entwickelt, und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung vor dem Hintergrund, dass Menschen mit geringen und normalen Einkommen in vielen Städten kaum mehr bezahlbare Wohnungen finden?

12. Abgeordneter
Michael Breilmann
(CDU/CSU)
- Welche Erfahrungsberichte aus den Kommunen hat das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen bisher zu dem 2023 beschlossenen Raumordnungsänderungsgesetz (ROGÄndG) erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

13. Abgeordneter
Dr. Thomas Gebhart
(CDU/CSU)
- Wie viele Netzanschlussbegehren zum Anschluss von Photovoltaikanlagen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zwölf Monaten in Rheinland-Pfalz nicht genehmigt (bitte die entsprechende Anzahl je Landkreis in Rheinland-Pfalz angeben)?
14. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung über ein halbes Jahr für die Feststellung benötigt, dass eine Beteiligung des amerikanischen Finanzinvestors Carlyle an der Werftengruppe Thyssenkrupp Marine Systems (TKMS) seitens der Bundesregierung nicht unterstützt wird (vgl. www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/tkms-verkauf-von-thyssen-werften-an-us-investor-carlyle-ist-geplatzt/100081870.html; vgl. zum Beginn der Gespräche im Frühjahr 2024: www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/thyssen-krupp-verhandelt-mit-carlyle-ueber-teilverkauf-der-marinesparte/100025503.html), obwohl eine solche Feststellung nach meiner Einschätzung bereits zu Beginn der Gespräche möglich gewesen wäre, und aus welchen projektimmanenten Gründen plant die Bundesregierung nach mir vorliegenden Informationen, bei der noch in diesem Jahr geplanten Beschaffung weiterer U-Boote des Typs U212CD von der Firma TKMS eine Zahlung im Jahr 2024 von über 1 Mrd. Euro zu leisten, obwohl die Auslieferung der weiteren U-Boote erst in den 2030er-Jahren zu erwarten ist?
15. Abgeordnete
Kristine Lütke
(FDP)
- Welche Art von Dialogformaten plant die Bundesregierung mit der industriellen Gesundheitswirtschaft (iGW), um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu klären, die die iGW nach meiner Ansicht jetzt benötigt, um sich am Standort Deutschland weiterzuentwickeln?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

16. Abgeordnete
Mechthild Heil
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung auf dem sogenannten Postblockgelände in der Wilhelmstraße nach dem öffentlich verkündeten Stopp der Pläne für einen Erweiterungsbau des Bundesministeriums der Finanzen (www.welt.de/regionales/berlin/article246364762/Bundesfinanzministerium-stoppt-seinen-Erweiterungs-Neubau.html) einen Neubau für eine andere Art der ministeriellen Nutzung, und wenn ja, welche genaue Nutzung ist dafür aktuell vorgesehen, und wie ist der momentan geschätzte Kostenrahmen für ein solches Projekt?
17. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wie viele zusätzliche Stellen sollen in der geplanten Stiftung „Finanzbildung, Geld und Währung“ entsprechend den aktuellen Planungen der Bundesregierung für ein Finanzbildungsstärkungsgesetz geschaffen werden, und nach welchen konkreten Kriterien sollen fachlich geeignete Personen für den neuen Schwerpunkt „Finanzbildung“ ausgewählt werden (siehe www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung_VII/20_Legislaturperiode/2024-10-02-Finanzbildung/0-Gesetz.html)?
18. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele Basiskonten existieren nach Kenntnis der Bundesregierung bei öffentlichen und privaten Banken in Deutschland, und in wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung Anträge auf Eröffnung eines Basiskontovertrags vonseiten der Kreditinstitute von 2016 bis heute abgelehnt (bitte nach den fünf häufigsten Gründen auflisten)?

19. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Welche Gespräche, Telefonate, Treffen, schriftliche Korrespondenz und/oder anderweitige Kommunikation gab es zwischen dem Bundesminister der Finanzen und ehemaligen Staatssekretär Dr. Jörg Kukies und Vertretern der UniCredit Group (bitte die letzten neun Kommunikationsformate nach Zeitpunkt, Beteiligten und Gesprächsthemen aufschlüsseln), und hat der Präsident des Verwaltungsrates der UniCredit Prof. Pier Carlo Padoan gegenüber dem damaligen Staatssekretär Dr. Jörg Kukies in ihrem gemeinsamen Gespräch am 16. Mai 2024, in dem u. a. das Thema „Bankunion“ besprochen wurde (vgl. Ausschussdrucksache 20(7)650, Antwort auf meine Nachfrage in der 105. Sitzung des Finanzausschusses am 16. Oktober 2024), eine mögliche Übernahme einer anderen europäischen Bank durch die UniCredit erwähnt?
20. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Wie wäre aus Sicht der Bundesregierung eine Ausnahmeregelung der Schuldenbremse für eine außergewöhnliche Notsituationen derzeit begründbar (bitte begründen und ggf. den konkreten Prüfungsstand angeben)?
21. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Wie könnte sich nach Auffassung der Bundesregierung eine vorläufige Haushaltsführung des Bundes auf die finanzielle Lage der Bundesländer auswirken (bitte ggf. eine Schätzung des Umfangs sowie die betroffenen Länder angeben)?
22. Abgeordnete
Kristine Lütke
(FDP)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, damit Deutschland als Investitionsstandort für privates Wagniskapital, insbesondere für Industrie und Start-ups im Gesundheitsbereich, attraktiver wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

23. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Ist die Äußerung der Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Natalie Pawlik in der „Moskauer Deutsche Zeitung“, „Aus meiner Sicht gibt es nicht die einzig wahre ‚russlanddeutsche Identität‘. Es handelt sich vielmehr um eine sehr heterogene Personengruppe mit unterschiedlichen Hintergründen, Erfahrungen und Träumen. Was viele Russlanddeutsche jedoch eint, ist zum einen das besondere Kriegsfolgenschicksal, das viele Familien bis heute prägt, und zum anderen das Leben in einem Land, in das sie ausgewandert sind. Russlanddeutsche sind dadurch mit vielen interkulturellen Kompetenzen ausgestattet und ideale Botschafter für ein friedliches Miteinander“, so zu verstehen, dass auch gemischte nationale Identitäten, beispielsweise eine deutsche und eine ukrainische, denkbar sind, umso mehr, da der Artikel unter der Überschrift „Nicht eine Identität, sondern viele“ stand, und wenn nein, warum nicht (<https://mdz-moskau.eu/nicht-eine-identitaet-sondern-viele-interview-pawlik/>)?
24. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird bei der Anerkennung beziehungsweise der Prüfung einer bestehenden Gefährdungslage bei Ortskräften aus Afghanistan (grundsätzlich zum Thema: www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingsschutz/ResettlementRelocation/AufnahmeAfghanOrtskraefte/aufnahme-afghanische-ortskraefte-node.html) zwischen „uniformierten“ und „nicht uniformierten“ Ortskräften unterschieden, und wenn ja, auf welche sachliche Grundlage wird diese Unterscheidung gestützt?
25. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- Wurden im Zuge der Durchsuchungsmaßnahmen bei den Beschuldigten der mutmaßlich rechtsterroristischen Vereinigung „Sächsische Separatisten“ am 5. November 2024 Waffen, Munition oder Sprengmittel gefunden, und wenn ja, wie viele (bitte aufschlüsseln nach Anzahl und Art der jeweils aufgefundenen Gegenstände)?
26. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- Verfügen mögliche Mitglieder und Unterstützer der mutmaßlich rechtsterroristischen Vereinigung „Sächsische Separatisten“ nach Kenntnis der Bundesregierung über waffenrechtliche Erlaubnisse, oder mussten sie sich seit dem 1. Januar 2023 einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen (bitte aufschlüsseln nach Art und Anzahl der waffenrechtlichen Erlaubnisse und Sicherheitsüberprüfungen)?

27. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Wie haben die Verwaltungsgerichte nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem 7. Oktober 2023 über Untätigkeitsklagen von Asylsuchenden aus dem Gazastreifen wegen nach § 24 Absatz 5 des Asylgesetzes aufgeschobener Asylentscheidungen entschieden (bitte aufschlüsseln nach den dadurch erfolgten Entscheidungen Asylberechtigung, Flüchtlingseigenschaft, subsidiärer Schutz, Abschiebungsverbot, Ablehnung oder Ablehnung als unzulässig), und wie viele solcher Untätigkeitsklagen von Asylsuchenden aus dem Gazastreifen sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung bei den Verwaltungsgerichten anhängig?
28. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Welche genauen Koordinierungsmaßnahmen hat das Bundeskriminalamt (BKA) beim „10. nationalen Aktionstag gegen Hasskriminalität im Netz“ unternommen (vor dem Hintergrund, dass das BKA schreibt, es habe den Aktionstag „initiiert“ und „koordiniert“), und war das BKA in irgendeiner Weise an der Auswahl oder den Empfehlungen der konkreten „Hasspostings“ beteiligt, aufgrund derer Landesbehörden tätig wurden, gerade vor dem Hintergrund, dass mit rund 130 „Maßnahmen vorgegangen“ wurde, es aber 8.011 „Hasspostings“ gegeben habe (www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2024/Presse2024/240606_PM_Hasspostings.html)?
29. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Haben Mitglieder der Bundesregierung (inklusive Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre, Staatsministerinnen und Staatsminister sowie Staatssekretärinnen und Staatssekretäre) seit Beginn der Amtszeit der jetzigen Bundesregierung Unternehmensbeteiligungen angezeigt, und falls ja, welche (bitte die 14 Personen mit der höchsten Anzahl von Unternehmensbeteiligungen auflisten und dabei die jeweilige Anzahl der angezeigten Beteiligungen angeben)?
30. Abgeordneter
Roger Beckamp
(AfD)
- Hat die Bundesregierung jemals Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (§ 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes) festgestellt oder beobachtet, die sich gegen die Weltanschauungsfreiheit (Artikel 4 Absatz 1 des Grundgesetzes), nicht aber gegen die Religionsfreiheit (ebenda) im Speziellen richten, und wenn ja, welche waren das?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

31. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Über welchen Handlungsspielraum verfügt nach Kenntnis der Bundesregierung die ukrainische Bevölkerung aktuell, um ihren politischen Willen zur Fortsetzung des Krieges oder die Aufnahme von Verhandlungen mit der russischen Seite gegenüber der eigenen Regierung auszudrücken, angesichts der Tatsache, dass sowohl die Parlamentswahl als auch die Präsidentschaftswahl in der Ukraine auf Grundlage des geltenden Kriegsrechts ausgesetzt bleiben (bitte konkrete Möglichkeiten für den Ausdruck politischen Volkswillens in der Ukraine nennen), und auf welche konkreten Daten (z. B. Resultate von demoskopischen Umfragen) stützt sich die Bundesregierung in ihrer Einschätzung der Bereitschaft der ukrainischen Gesellschaft, den politischen Kurs von Wolodymyr Selenskyj zu unterstützen?
32. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Wie viele deutsche Staatsangehörige sind nach Kenntnis der Bundesregierung infolge des Krieges in der Ukraine seit Februar 2022 ums Leben gekommen?
33. Abgeordneter
Dr. Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass in Deutschland ansässige Nichtregierungsorganisationen aufgrund bestehender Over-Compliance seitens deutscher Banken weiterhin keine Gelder zur medizinischen und humanitären Hilfe in Syrien direkt an ihre syrischen Projektpartner überweisen können (vgl. www.kas.de/documents/284382/284431/Zerst%C3%B6rtes+Land%2C+zerr%C3%BCttete+Politik.pdf/c548d02c-5fe7-47d1-04dc-3120270cdc78?version=1.2&t=1679661341840 [s. S. 5]), und gibt es Bemühungen der Bundesregierung, dieses Problem zu beheben, zumal humanitäre Güter nicht unter die bestehenden EU-Sanktionen fallen (vgl. ebenda)?
34. Abgeordneter
Roger Beckamp
(AfD)
- Welche nach Ansicht der Bundesregierung in der „Fragestellung enthaltenen Wertungen und Zuschreibungen“ (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 42 auf Bundestagsdrucksache 20/10170) macht sich die Bundesregierung „ausdrücklich nicht zu eigen“, und sieht die Bundesregierung in den „Wertungen und Zuschreibungen“ falsche Tatsachenbehauptungen, und wenn ja, in welchen Fällen?

35. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob Fördermittel der EU und aus EU-Staaten in die Errichtung des als GORO Mountain Resort bekannte geplante ukrainische Skigebiet fließen werden, ein für 1,5 Mrd. US-Dollar geplantes Großprojekt der privaten OKKO Group, vorwiegend im Besitz des ukrainischen Oligarchen Vitaliy Antonov, und wenn ja, in welcher Höhe (<https://ubn.news/de/okko-beginnt-mit-dem-bau-eines-ganzjaehrig-geoeffneten-skigebiets-im-wert-von-15-mrd-usd/>; www.mimikama.org/skigebiet-ukraine-luxus-krieg/)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

36. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wie gewährleistet die juris GmbH nach Kenntnis der Bundesregierung bei Inanspruchnahme des Produkts „juris Collect“ (www.juris.de/jportal/nav/lp/juris-collect.jsp) durch „Beschäftigte an Gerichten und bei Staatsanwaltschaften der Länder Berlin und Hessen“ (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 66 auf Bundestagsdrucksache 20/13565), dass der juris GmbH kein Zugang zu Tatsachen eröffnet wird, auf die sich die Verpflichtung dieser Beschäftigten zur Verschwiegenheit bezieht, und welche „umfangreiche[n] technische[n] und organisatorische[n] Maßnahmen“ hat die juris GmbH konkret gemäß Artikel 32 der Datenschutz-Grundverordnung implementiert, um die Vertraulichkeit und Integrität der in das Produkt „juris Collect“ hochgeladenen Daten sicherzustellen (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 85 auf Bundestagsdrucksache 20/13317)?
37. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Welche externen Gutachten hat das Bundesministerium der Justiz seit dem 1. Mai 2024 in Auftrag gegeben (bitte jeweils nach Titel/Thema der Gutachten, Datum der Beauftragung, beauftragtem Gutachter und Kosten der Gutachten aufschlüsseln), und was waren die konkreten Anlässe für die jeweiligen Gutachtaufträge?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

38. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wann und wie wird nach Kenntnis der Bundesregierung die von Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigte Abschaffung des Lieferkettengesetzes erfolgen (www.spiegel.de/wirtschaft/kanzler-olaf-scholz-ueber-lieferkettengesetz-das-kommt-weg-a-de1e8128-043a-47d1-8ab1-fe5d8f20d994/)?
39. Abgeordneter
Thomas Seitz
(fraktionslos)
- Was sind die Gründe für die partielle Aufhebung des generellen Prüfstopps in Statusfeststellungsverfahren durch die „Clearing-Stelle“ der Deutschen Rentenversicherung im Anschluss an das zweite Fachgespräch zum sogenannten Herrenberg-Urteil zwischen betroffenen Verbänden (z. B. Tonkünstlerverband) und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Oktober 2024, und wie beabsichtigt die Bundesregierung sicherzustellen, dass bei Feststellung einer abhängigen Beschäftigung von Honorarkräften an Musikschulen diese nicht in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet werden (www.welt.de/politik/deutschland/plus254296178/Musikschulen-Massive-Bedrohung-Schulen-fuerchten-das-Ende-einer-Aera.html; vgl. auch Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD zu den Folgen des Herrenberg-Urteils und der veränderten Prüfpraxis der Deutschen Rentenversicherung auf Bundestagsdrucksache 20/12811)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

40. Abgeordneter
Thomas Seitz
(fraktionslos)
- Wie verteilen sich die 90 Regelungen von ursprünglich aufgrund des Beschleunigungserlasses identifizierten 203 Regelungen zum Abbau bürokratischer Hemmnisse zur beschleunigten Beschaffung von Rüstungsgütern, die laut der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 36, Plenarprotokoll 20/196, S. 25706, mittlerweile aktualisiert oder außer Kraft gesetzt wurden (bitte angeben, wie viele Regelungen den folgenden Kategorien zugeordnet wurden: Außer Kraft gesetzt; Geändert NUR durch Bezugnahme auf den Beschleunigungserlass; Geändert durch Vornahme materieller, inhaltlicher Änderungen, ggf. in Verbindung mit Bezugnahme auf den Beschleunigungserlass)?

41. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- In welcher Höhe leistet die Bundesregierung seit dem 24. Februar 2022 bis zum aktuellen Stichtag im Jahr 2024 Militärhilfe an die Ukraine (bitte entsprechend nach Jahren getrennt bezüglich der bereits geleisteten Unterstützungsleistungen und zugesagten zukünftigen Unterstützungsleistungen unter jeweiliger Angabe der Höhe des Wertes der Waffen und Ausrüstung sowie Finanzhilfe mit militärischem Zweck auflisten), und trifft es zu, dass diese deutschen militärischen Unterstützungsleistungen für die Ukraine nicht über Finanzhilfen oder spezielle Förderungen erfolgen, also weiterhin nicht rückerstattungspflichtig sind (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 19, Plenarprotokoll 20/124, S. 15514)?
42. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Welche Ergebnisse hat die Aktualisierung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur Vorbereitung der Entscheidung über die Bedarfsdeckungsvariante für die Unterstützungsleistung „Betrieb und Betreuung des Gefechtsübungszentrums des Heeres“ für den Zeitraum ab 2026 ergeben (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 99 auf Bundestagsdrucksache 20/12862; sollten diese Ergebnisse immer noch nicht vorliegen, bitte ausführen, warum nicht und wann damit zu rechnen ist), und welche der im Rahmen der Aktualisierung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung betrachteten Varianten wurde ministeriell (bzw. durch den Bundesminister der Verteidigung) zur Umsetzung entschieden (falls noch keine Entscheidung getroffen wurde, bitte erläutern, warum nicht und wann damit zu rechnen ist)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

43. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, noch in dieser Legislaturperiode Gewaltschutzambulanzen in Krankenhäusern bei der Versorgung von Betroffenen von häuslicher Gewalt zu stärken (zur grundsätzlichen Problematik: www.bmi.bund.de/SharedDocs/schwerpunkte/DE/gewalt-gegen-frauen/gewalt-gegen-frauen-artikel.html), und falls ja, wie wird dies umgesetzt, um für die Betroffenen ein niedrigschwelliges Angebot zur rechtsmedizinischen Untersuchung und Dokumentation ihrer erlittenen Verletzungen durch geschultes und sensibilisiertes Personal zu schaffen?

44. Abgeordneter
Dr. Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Von welchen bereits ins parlamentarische Verfahren eingebrachten Gesetzen im Bereich Gesundheitspolitik wünscht sich die Bundesregierung nach dem Ausscheiden der FDP-Bundesminister aus der Bundesregierung vor der geplanten Vertrauensfrage durch Bundeskanzler Olaf Scholz am 15. Januar 2025, dass sie noch zur Abstimmung im Rahmen einer dritten Lesung im Deutschen Bundestag gebracht werden, und welche Inhalte davon wird sie auf dem Wege einer Verordnung erlassen, wenn diese Gesetze keine Mehrheit im Deutschen Bundestag finden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

45. Abgeordneter
Dr. Thomas Gebhart
(CDU/CSU)
- Welchen aktuellen Sachstand gibt es zum Konzept zur Aufwertung von vorhandenen Mitfahrparkplätzen, welches laut Aussage der Bundesregierung im laufenden Jahr 2024 abgeschlossen werden sollte (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 63 auf Bundestagsdrucksache 20/12372), und wann ist mit einer Fertigstellung des Konzepts zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

46. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Was kann die Bundesregierung zum Rückbau von Dämmen und Flutbarrieren im Zuge der EU-Biodiversitätsstrategie in Deutschland sagen (bitte die Anzahl der bereits zurückgebauten Dämme und Flutbarrieren und solcher, die noch zurückgebaut werden sollen, auflisten), und kann die Bundesregierung ausschließen, dass dadurch im Falle eines HQ-100-Hochwassers Menschenleben gefährdet werden (www.eib.org/de/stories/rivers-biodiversity-dam-removal-award?recommendation=1)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Bildung und Forschung**

47. Abgeordneter **Thomas Jarzombek**
(CDU/CSU) Ist das am 1. November 2024 seitens des Bundesministeriums der Finanzen an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages übermittelte Konzept zur Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI) innerhalb der Bundesregierung einvernehmlich beschlossen worden, und wann hat das Bundeskabinett das Konzept beschlossen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

48. Abgeordneter **Tobias Matthias Peterka**
(AfD) Welche Ausgaben wurden im Verantwortungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für die Förderung sogenannter Gendergerechtigkeit oder damit im Zusammenhang stehender Projekte seit Beginn der 20. Wahlperiode ausgegeben bzw. zugesichert (vgl. www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/entwicklungshilfe-gender-projekte/; zuletzt abgerufen am 25. Oktober 2024)?
49. Abgeordneter **Bernd Schattner**
(AfD) Wie hoch ist der aktuelle Etat für die Entwicklungshilfeleistungen?

